

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Rachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1/2 Thlr., jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Preußen. **Δ Berlin, 11. Febr.** Alle zuverlässigen Nachrichten über die Haltung Preußens in der europäischen Krisis stimmen darin überein, daß seine Regierung entschlossen ist, eine unabhängige, nationale Politik zu befolgen, deren Richtschnur nur das Recht und das Staatsinteresse ist. Beide erheischen gebieterisch, daß Preußen sich von jeder (activen wie passiven) Begünstigung der russischen Präntensionen fernhalte und schreiben der Regierung eine selbständige Haltung vor, sodas mit diesem Momente die, wie es schien, schon vergessene wahre preussische Politik wieder von den Toden aufersteht. Es ist notwendig, daß wir uns die Bedeutung dieses Wechsels und seine unumgänglichen Konsequenzen nach den verschiedenen Richtungen hin klar machen. Auch die gesündeste Politik kann durch Halbheit dermaßen angekränkt werden, daß sie bittere Früchte trägt, während umsichtige Benutzung aller unterstützenden Kräfte einen heilsamen Erfolg verbürgt und beschleunigt. Für die jüngstvergangene Zeit war es charakteristisch, daß die preussische Politik durch die Einwirkung bethörender Zauberformeln vielfach irrefleitet wurde. Die „Solidarität der conservativen Interessen“, das „Hand in Hand mit Oesterreich“ sind Formeln, die zwar für gewisse Momente einige Bedeutung, aber doch keine absolute Geltung für alle Zeiten haben können. Denn in Oesterreich ist weder das preussische Nationalinteresse verkörpert, noch ist Rußland der absolute Hort der conservativen Interessen. Dies lehren genugsam die Ereignisse des Tags. Gleichwohl folgte es aus dem Charakter einer gewissen politischen Partei mit Nothwendigkeit, daß sie solche verkehrte Formeln als unumstößliche politische Dogmen hinstellen mußte. Eigennütige Wahrung vermeintlicher Standesinteressen: dies ist die Seele der von der äußersten Rechten geförderten innern Politik; aus ihr ging eine Reihe organischer Vorlagen hervor, welche eine Bevorzugung eines Standes und seine Loslösung von dem Kerne des Volks bezweckten und einen nach allen andern Seiten hin beleidigenden Charakter an sich trugen; aus ihr entsprang gegen Alle, welche diese egoistischen Bestrebungen bekämpften, ein System von Placereien und Verfolgungen, welches in den weitesten Kreisen den tiefsten Unmuth erregte. Während so die genannte Partei das Volk der Regierung entfremdete und seine Kraft durch Unwillen und Antipathie lähmte, mußte sie nothgedrungen im Auslande ihre Stützen suchen und eine den Interessen des Auslandes dienbare auswärtige Politik befürworten, die eben deshalb, weil sie das Nationalinteresse verleugnete, auf die Unterstützung des eigenen Volks keinen Anspruch erheben durfte. Solange im Innern zu Gunsten einer entseflich winzigen Minorität der Kern des Volks verlegt und beeinträchtigt wurde, war an eine selbständige auswärtige Politik nicht zu denken; denn diese stützt sich eben auf die eigene Kraft. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde Preußen durch die Dienstfertigkeit gegen Rußland nicht nur moralisch seine eigene Existenz in Frage stellen, sondern auch materiell durch die ihm dann von Westen drohende Gefahr. Preußen ist also, wenn es nicht einen Weg einschlagen will, der zu seiner Aufreibung für fremde Zwecke führt, genöthigt, eine selbständige Politik zu ergreifen. Um diese mit Ehren durchzuführen, bedarf unser Staat, der kleinste unter den Großmächten, mehr als jeder andere des tüchtigsten Zusammenwirkens aller seiner innern Kräfte und somit einer innern Politik, welche die gesunden Elemente des Volks nicht auseinanderzerrt, sondern vielmehr in sich und mit der Regierung einigt.

Die russische Partei erkennt vollkommen, daß bei einer auswärtigen Politik, welche sich durch die Rücksicht auf die Existenz, Ehre und Selbstständigkeit des Landes leiten läßt, an eine Verwirklichung ihrer eigennütigen, von dem Volke verurtheilten Bestrebungen nicht zu denken ist. Um das Einklinken der Regierung in die ihr durch die Verhältnisse und durch ihre Pflichten gegen das Land angewiesenen natürlichen Bahnen zu verhindern, hat sie die giftigsten Intriguen angesponnen, welche nicht nur über den Werth ihrer Vaterlandsliebe, sondern auch über den wahren Gehalt ihrer vielgepriesenen Anhänglichkeit an die Dynastie Jedem die Augen geöffnet haben. Aber in der Brust jedes wahren Preußen richtet sich die Zuversicht auf, daß die Regierung, nachdem sie scharf ins Auge gefaßt hat, was dem Lande wirklich frommt, sich nicht in die Luft stellen, sondern daß sie zur Durchführung einer nationalen Politik sich in jeder Beziehung auf die unerschütterlichen Säulen der Kraft stützen wird, die in der freien Zustimmung und in der thätigen Unterstützung eines treuen und tüchtigen Volks gewurzelt sind.

Δ Berlin, 12. Febr. In russenfreundlichen Organen Deutschlands wird gegenwärtig die Behauptung aufgestellt, es sei unbegründet, daß der Sendung des Grafen Orlov nach Wien auch die Erwirkung eines Neutralitätsvertrags der deutschen Mächte mit Rußland zugrunde gelegen habe, indem Rußland die natürlichen Beziehungen, welche zwischen Deutschland und der orientalischen Frage bestehen, zu genau kenne, um etwas Anderes von

den deutschen Mächten zu verlangen als eine striete Neutralität, deren Wahrung die Interessen und die Lage Deutschlands den deutschen Mächten ja zur Pflicht machen. Dieser Behauptung, die man hier übrigens nur als eine Bemäntelung des geringen Erfolgs Rußlands in dem Cabinet zu Wien wie in jenem zu Berlin betrachtet, möchte entgegenzustellen sein, ob denn etwa der hiesige russische Gesandte, Baron v. Budberg, andere Weisungen von Petersburg erhalten habe als diejenigen waren, mit denen Graf Orlov betraut gewesen ist? Wären die hier gemachten Eröffnungen des Barons v. Budberg so überaus harmloser Natur gewesen, wie jene des Grafen Orlov gegenwärtig in einigen Organen dargestellt werden, so möchte der Ministerpräsident v. Manteuffel schwerlich eine Veranlassung haben finden können, ein Entlassungsgesuch gerade zu der Zeit einzureichen, als die Eröffnungen des Barons v. Budberg hier der ernstern Berathung vorlagen. Wären ferner die in Rede stehenden Eröffnungen der Art gewesen, daß sich Rußland mit den beiden deutschen Großmächten über alle Eventualitäten nur habe verständigen wollen, um es schließlich Preußen und Oesterreich möglich zu machen, ihre Neutralität um so entschiedener aufrechtzuerhalten, so möchte für Preußen kein Grund vorgelegen haben, die russischen Vorschläge so gänzlich von der Hand zu weisen wie es geschehen ist. Der Gang der preussischen Politik war um so mehr geboten, als Preußen durch die Stellung, welche es bei den Wiener Conferenzen eingenommen hatte, moralisch gebunden war, keine Solidarität mit der jetzigen russischen Politik einzugehen. Von namhafter Seite wird außerdem hier mit Recht hervorgehoben, daß die durch Rußland erfolgte Ablehnung des letzten Wiener Conferenzprotokolls zwar dieses Protokoll erledigt, nicht aber die Vereinigung der vier Mächte. Diese Vereinigung dauere fort, weil ihre Zwecke noch nicht erreicht seien. In dieser Vereinigung finde Preußen die sicherste völkerrechtliche Grundlage seiner politischen Stellung, weil eben in der Vereinigung der vier Mächte die gemeinsame Sache Europas vertreten werde. Das Fortbestehen derselben gebe zugleich die Gewähr, daß infolge des ausgebrochenen Kriegs keine Störung der friedlichen Verhältnisse, welche zwischen diesen vier Großmächten bestehen, eintreten werde.

— Ein berliner Correspondent der Leipziger Zeitung schreibt: „Immer mehr Consistenz gewinnt die Vermuthung, es werde auf den Antrag und unter der Vermittelung Oesterreichs und Preußens ein europäischer Congress zusammentreten, um den orientalischen Streit friedlich beizulegen. Rußland würde bis zum Austrag der Sache im Besitz der Donaufürstenthümer bleiben und der englisch-französischen Flotte es freistehen, eine Stellung im Schwarzen Meere zu nehmen. Die Verhältnisse sind, trotz der entschiedenen Sprache, welche die englischen Minister im Ober- und Unterhause führen, beziehungsweise führen müssen (?), von der Art, daß die Unterhandlungen recht wohl wiederaufgenommen werden können.“

— Der erste Gesandtschaftssecretär bei der großbritannischen Gesandtschaft in Petersburg, Lord Raper, der sich in London auf Urlaub befand, hat sich, wie die Neue Preussische Zeitung jetzt mittheilt, vor einigen Tagen über Berlin nach Petersburg begeben, um daselbst seine Privatangelegenheiten zu ordnen und mit seiner Gesandtschaft den russischen Hof zu verlassen.

— Der russische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Budberg, ist gestern von Wien wieder hier eingetroffen.

— Der russische Gesandte am englischen Hofe, Baron v. Brunnow, ist auf der Durchreise nach Darmstadt am 10. Febr., Abends 6 1/2 Uhr, auf der Rheinischen Bahn in Köln eingetroffen.

— Am 11. Febr. starb in Berlin der Generalleutenant Graf Anton zu Stolberg-Bernigerode. Der Graf hatte sich vor einiger Zeit am Schienbein verletzt, die Wunde trat hinzu, doch hegte man keine weiteren Befürchtungen, bis ein gastrisch-nervöses Fieber den Zustand sehr verschlimmerte und den Tod zur Folge hatte.

— Die II. Kammer fuhr in ihrer vorgestrigen Sitzung mit der Berathung der Landgemeindeordnung für Westfalen fort. Das von der Regierung aufgestellte Princip der Ausschließung nichtchristlicher Gemeindeglieder von Gemeindeämtern wurde mit großer Majorität verworfen. Das Correspondenz-Bureau prognosticirt, daß dieser Beschluß, wenn er auch für die östlichen Landestheile festgehalten wird, das Zustandekommen der Gemeindegesetzgebung auch in dieser Session vereiteln müsse. In der gestrigen Sitzung wurden gleichfalls wieder mehrere Paragraphen in einer meist von der Regierungsvorlage abweichenden Ansicht beschlossen. — Die gestrigen Verhandlungen der I. Kammer haben in einer geheimen Sitzung begonnen und galten, wie wir schon mittheilten, dem mit Oldenburg zur Erwerbung des Jahdebusens abgeschlossenen Staatsvertrage. Dem Vernehmen nach ist die Genehmigung auch von dieser Seite erfolgt.

Baiern. **Δ München, 10. Febr.** Die neuliche Vertagung des Landtags erhält nachträglich noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß